

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1918**

67 (20.3.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-85871](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-85871)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochblatt, Donner Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3,00 Mark, durch die Post frei ins Haus 3,42 M.; zweimonatlich 2,00 M., durch die Post frei ins Haus 2,28 M.; einmonatlich 1,00 M., durch die Post frei ins Haus 1,14 M. Einzelnummern 10 Pf. Probeummern acht Tage gratis u. franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Einzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Restameile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

(Das „Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft“ wird nachher der Kriegszeit nicht beigelegt.)

Nr. 67. | Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsk. Nr. 5. | Postfachkonto: Hannover 7908. | Beil. Mittwochs, 20. März 1918. | Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg i. Gr.: W. Karelmann, Alsterstr. 51, Fernspr. 1032. | 85. Jahrgang

Der russische Zeretzungsprojekt.

Die Ruhe und Ordnung können im Lande noch immer nicht zum Durchbruch kommen. Seitdem der Regierungssitz nach Moskau verlegt ist, scheint auch dort die Verwirrung sich zu vermehren. Nach einem Bericht der Wolska-Agentur herrschen in Moskau ähnliche Zustände wie in Petersburg. Trotz der strengen Anweisung des Stadtrats, das Befahren der Stadt nur auf Grund besonderer Bewilligung zu erlauben, führen die von Petersburg und vom Norden kommenden Jüge Tausende täglich nach Moskau. Die Straßen sind mit obdachlosen Frauen und Kindern überfüllt. Brot und alle sonstigen Lebensmittel fehlen. Die Ukraine liefert kein Getreide mehr, die Vorräte in der Stadt sind erschöpft. Dazu kommt, daß der Friedensschluß sich noch immer nicht abzuzeichnen findet, auch unter den sozialistischen Gruppen. Aus Moskau wird dazu gemeldet: Am Sonnabend haben die revolutionären Sozialisten der Linken, die der Regierung angehören, demissioniert. Sie gaben dabei die Erklärung ab, sie würden die Waffen nicht niederlegen trotz der Ratifikation des Friedensvertrages und würden mit einer unabhängigen Armee dem Widerstand organisieren. Nach einer Petersburger Meldung vom Freitag wurde der kaiserliche Landtag in Tiflis unter Vorbehalt des Friedens geschlossen. Der Landtag ließ sofort Forderungen verbreiten, worin er mittelst, daß er den Frieden, den die Regierung Lenins mit der Türkei abgeschlossen habe, nicht anerkenne.

Dazu herrscht bei der jetzt herrschenden Regierung Furcht vor neuen Umwälzungen. Als es brach dieser Tage aus Petersburg die Meldung, daß der Bruder des Czaren Großfürst Mikhael ausreisen sei, an die Spitze des Regierungsrates zu treten, während die übrigen Mitglieder dieses Rates durch Volksabstimmung oder durch eine konstituierende Versammlung gewählt werden sollten. Die Radikalfreier verlangen die Errichtung eines neuen Kaiserreiches. Diese Partei ist nur unter Bewilligung ihrer Forderungen geneigt, ihre Agitation gegen den Friedensvertrag mit dem Verbund einzustellen. Es steht eine gründliche Umgestaltung des russischen Regierungssystems bevor. Eine weitere Meldung aus Petersburg besagt, man erwarte dort täglich den Ausbruch der Gegenrevolution, da es den bürgerlichen Parteien gelungen sei, ein ganzes Regiment Soldaten zu kaufen, das mit Waffen und Munition vollkommen versehen worden sei. Dieses Regiment haben sich in den letzten Wochen zwei weitere Regimenter angeschlossen. Überall in Petersburg hört man, daß etwas in Unordnung geraten ist. Die bolschewistische Regierung ließ bei ihrer Abreise aus Petersburg auf dem Wege zum Bahnhofs zwei Doppelreihen Maschinengewehre auffahren. Sie bereitet sich auf die Gegenrevolution vor und bestiftet alle öffentlichen Gebäude. Die Stadt ist von Landsturm umgeben. Unter der Leitung von Ingenieuren sind Tausende von Arbeitern beschäftigt, Versuchsanlagen aufzumachen. Kriegsmilitär Truppen hat nach dem „Ulro Wostok“ seinen ersten Anmarsch auf die Woten Garbiden erlassen, in dem er darauf hinweist, daß für Russland der Kampf noch lange nicht beendet sei und daß das Land eine mächtige Armee haben müsse, um die internationale Bourgeoisie wirklich bekämpfen zu können. Trotski fordert alle auf, jung und alt, Männer und Frauen, sich unter die Fahnen der Revolution im heiligen Krieg gegen die Uebermacht der Bourgeoisie zusammenzuschließen. Hiernach ist an eine Verhinderung des Landes trotz der Annahme des Friedensvertrages vorerst noch nicht zu denken.

Deutscher Reichstag.

Friedensverträge — Annahme der Friedensverträge.

Berlin, 19. März. Auf eine kleine Anfrage des Abg. Seckher wegen der Neutralität verkehrenden Äußerungen

des Schweizerischen Bundesrats Adorwiler

Unterstaatssekretär von dem Wunsche, daß der Kaiserliche Gesandte in Bern zur Berichterstattung aufgefordert sei. Der Schweizerische Bundesrat habe nach eingehender Prüfung der Angelegenheit festgestellt, daß Ador sich keine Unkorrektheiten habe zuschreiben kommen lassen.

Friedensverträge mit Rußland und Finnland.

Abg. Dr. Stresemann (nall.): Der Prozeß der Ablösung der russischen Randvölker ist nicht durch uns, sondern durch die Grundzüge der russischen Revolution in die Entwicklung der Dinge hineingetragen. Wir hätten jedenfalls nur die eine Aufgabe, in West-Rußland unsere deutschen Interessen zu wahren. Die einseitige verschiebende Behandlung der ländlichen und städtischen Frage beunruhigt uns. Das Baltikum ist eine Einheit und muß als solche behandelt werden. Eine Zerstückelung, wie sie angedacht ist, würde weder den Interessen dieser Länder, noch auch denen Deutschlands entsprechen, aber auch nicht im Interesse einer dauernden Verständigung mit Rußland liegen. Vollkommen einverstanden sind wir, daß Estland unter den bekannten Bedingungen eine selbständige Verwaltung gegeben wird. Wegen die Forderung, Litauen ein katholisches Oberhaupt zu geben, ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Es erscheint überhaupt unwahrscheinlich, daß wir in den Ländern, in denen das katholische Element überwiegt, und die unserer militärischen Gewalt unterstehen, in erster Linie Verwaltungsbeamte und Offiziere anstellen, die der selben Religion angehören, wie die Bewohner des Landes. (Weifall.) Ich hoffe, daß wir auch über den Krieg hinaus etwas in den Frieden hindoverbringen: die tiefe Sehnsucht der beiden großen Völkern nach dem Frieden, die beiden großen Völkern in einander zu leben. (Lebhafte Weifall.)

Abg. Graf Westphal (konf.): Der Friedensschluß mit Rußland gehört zu den größten Erfolgen der Weltgeschichte, dem Deutschland seinem Schwerte verdankt. Der Erfolg besteht darin, daß wir jetzt den Frieden frei haben und unsere ganze Kraft nach Westen wenden können, und daß der eiserne Ring der wirtschaftlichen Blockade zerbrochen ist. Was Russland anlangt, so begrüßen wir die Erklärung des Landes und die Antwort des Reichskanzlers. Mit dem Abg. Fehrenbach sind wir der Meinung, daß in der Verwaltung Litauens dem katholischen Charakter des Landes Rechnung getragen werden sollte. Allerdings kann ich den Gedanken einer Personalunion mit dem preussischen König noch nicht als vollständig abgelehnt ansehen. Ueber die neuesten Vorgänge in der polnischen Frage kann ich nur meinen lebhaften Westenden Ausdruck geben. Ich glaube nicht, daß die Polen die richtige Ansicht haben, einen freundschaftlichen Anschluß an Deutschland zu suchen. Bei der endgültigen Regelung der Polenfrage kann für uns einzig und allein nur das deutsche Interesse maßgebend sein. Das gilt namentlich bezüglich unserer Grenzicherung. (Weifall rechts.) Was die Lage im Westen anlangt, so haben wir nach der Ablehnung aller unserer Friedensangebote vollkommen freie Hand, um eine Kriegsentfaltung zu fordern, unsere Grenzen nach den deutschen Interessen zu gestalten und die den Flamen gegebenen Zugagen zu halten. (Weifall rechts.)

Abg. Ledebour (U. S.) kritisiert den Friedensvertrag mit Rußland, der nichts anderes sei, als verfleierter Annerkennung. Der Vertrag sei nicht mehr als ein Fehden Papier und bedeute den völligen Zusammenbruch der Politik der Mehrheitsparteien.

Abg. Fürst Radziwisk (Dole): Auch wir Polen waren von jeher der Ansicht, daß das polnische Volk ein vitales Interesse daran hat, ein einheitliches und dauerndes Einvernehmen mit dem deutschen Volke herbeizuführen. Wir geben unserer besonderen Vergnügung darüber Ausdruck, daß die gleiche Überzeugung nach den letzten Ereignissen auch Gemeingut des deutschen Volkes zu werden scheint. Wir hoffen und er-

warten, daß es bei gegenseitigen guten Willen möglich sein wird, der entgegenstehenden Schwierigkeiten Herr zu werden. In diesem guten Willen wollen wir es unsererseits nicht fehlen lassen. (Weifall.)

Die Friedensverträge werden sodann dem Haushaltungsausschuß überwiefen.

Kriegscreditleistungen.

Reichsjahrgamtssekretär Graf Adern: Der am 1. Dezember zur Verfügung gestellte Kredit von 15 Milliarden ist seiner Erschöpfung nahe, weil die monatlichen Kriegskosten eine weitere Steigerung erfahren haben, die zum Teil auf das gegen. Sündenbrotprogramm zurückzuführen ist. Auch die Heimausgaben haben sich erhöht. Die Waffen- und Munitionsfabrikation hat die feinerzeit geplante Höhe nicht erreicht, nicht nur in ihren Kosten, sondern auch in ihren Leistungen. Unsere Kriegsausgaben bleiben hinter denen Englands zurück, sind ihnen aber nahe. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, betragen sie in Deutschland 1000, in England über 2400 und in Frankreich 2500 Mk. Ist das Wort Clemenceaus wahr, daß der Sieg auf, dann sehen wir gekroft den kommenden Kämpfen entgegen. Die Annahme der neuen Kriegsanleihe wird keinen anderen Sinn haben, als ein dem Vernichtungswillen unserer Feinde entgegengegesetztes „Und doch“. (Weifall.)

Abg. Haack (U. S.) lehnt die Vorlage ab. Die Vorlage wird hierauf in erster und zweiter Lesung angenommen.

Schluß 6 Uhr. Mittwoch 3 Uhr: Postbesprechung, Fall Dalmier.

Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.

Berlin, 19. März. Der „Lok.-Anz.“ schreibt: Der frühere deutsche Vorkämpfer in London, Fürst Lichnowsky, hat im Sommer 1916 seine Londoner Erlebnisse unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges in einer vertraulichen Denkschrift niedergelegt und daran seine persönlichen Anschauungen über die Gründe, die zum Völkerrückgang führten, angeschlossen. Die Denkschrift hat ihren Weg in die Auslandspresse gefunden, und der Hauptausdruck des Reichstages hat sich in seiner Sitzung am Sonnabend veranlaßt gesehen, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. In Deutschland selbst wird die Denkschrift von unbekannter Hand veröffentlicht. Fürst Lichnowsky vertritt in der Denkschrift den unverständlichen Standpunkt, daß die Schuld am Kriege durch die deutschen Diplomaten verursacht sei; er trägt auch sonst Anschauungen vor, die zum schärfsten Widerspruch herausfordern. Ein amtlicher Bericht soll Montag veröffentlicht werden.

WB. Berlin, 19. März. Der Hauptausdruck beschäftigte sich am 16. März mit der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky vom August 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Czelenz v. Papcr, teilt mit, daß sich der Fürst am 15. d. Mts. dem Reichskanzler gegenüber etwa folgendermaßen geäußert habe: Die rein privaten Aufzeichnungen, die ich im Sommer 1916 niederschrieb, haben durch Vertrauensbruch den Weg in mehrere Kreise gefunden. Nach einem Schreiben des Fürsten habe die Denkschrift dann durch Indiskretion eine weitere Verbreitung gefunden.

Mittlerweile habe der Fürst seinen Abschied erhalten, und da er zweifellos keine böse Absicht hatte, habe man von einem Vorgeben gegen ihn abgesehen. Widerspruch müßte erfolgen, namentlich gegen die Behauptungen über die politischen Vorgänge in den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges. Im einzelnen gebe aus der Denkschrift hervor, daß der Fürst schon im Sommer 1916 bei der Aufstellung der Denkschrift die Ansicht vertreten habe, daß trotz der Erbörung des österreichischen Thronfolgers der Friede hätte von der deutschen Regierung aufrecht erhalten werden können, wenn sie nur die Friedensliebe Englands (!) genügend ausgenutzt hätte. Von

Rußland wäre, wenn dies geschehen wäre, ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen. (??) Wie unbegründet die Annahme des Fürsten darüber sei, daß man nicht die fertige Karte durch eine Konferenz zu besetzen versucht habe, und daß Deutschland die russische Mobilmachung mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung beantwortet habe, ist jetzt unerkennbar. Ebenso ist es mit der Behauptung, die deutsche Regierung habe alle Vermittlungsvorschläge Englands abgelehnt. Der Zweck der Denkschrift sei im ganzen zu zeigen, wie der Fürst dem Reiche den Frieden gesichert hätte, wenn man seine Ratsschlüsse befolgt hätte. (2) Des weiteren handelt es sich um ein in Briefform gekleidetes, an eine größere Anzahl von Personen gefandenes und sicher stark vervielfältigtes Rundschreiben eines Dr. Wahlen, der zur Zeit des Kriegsausbruchs Mitglied des Kruppischen Direktoriats gewesen sei. Er sei nach dem Briefe in der zweiten Hälfte des Juli 1914 bei zwei bekannten Herren in hervorragender Stellung gewesen und ergäbe nun angebliche Äußerungen derselben, aus denen er den Schluß zieht, daß es der deutschen Regierung in der zweiten Hälfte des Juli an dem Friedenswillen gefehlt habe. Die beiden Herren widersprechen sich in den ihnen in den Mund gelegten Äußerungen.

In der anschließenden Diskussion erklärte der Abg. Gräbe die Denkschrift für ein merkwürdiges Aneinanderfügen, aus dem man den Eindruck gewinnt, daß der Verfasser alles außer dem Gesichtswinkel geradezu aramaphaner Eitelkeit befrachte.

Der Abg. Schödeemann erklärte, für einen Diplomaten sei die Denkschrift geradezu eine Blamage.

Der Abg. Müller-Meinungen sprach die feste Ueberzeugung aus, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes, der Reichskanzler, der Vertreter des Auswärtigen Amtes und vor allem der deutsche Kaiser stets gegen einen Krieg, auch gegen England, waren.

Der Abg. Stresemann sagte, man könne den Verfasser der Denkschrift überhaupt nicht verantwortlich ernst nehmen. Durch die ganze Broschüre ziehe sich der Wunsch, die Schuld auf Deutschland zu schieben.

Der Abg. Gräbe bemerkte, es scheine ihm, daß alzu wohlwollende Rücksicht nicht am Platze sei.

Der Abg. v. Camp sagte, es müsse in Zukunft mit den leichten Kosten unserer Diplomaten gebrochen werden. Er beantragte Vorlegung des gesamten Materials.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers antwortete nach, daß die Prüfung der Frage, ob ein strafrechtliches oder diplomatisches Verfahren gegen den Fürsten angezeigt erscheine, durch das Reichsjustizkomitee geprüft werden sei. Es könne weder eine Verurteilung wegen diplomatischen Landesverrats im Sinne des § 92 des Reichsstrafgesetzbuches noch eine solche auf Grund des § 353 a des neuen. Amnenparagrafen in Frage kommen. Ein Disziplinarverfahren kam nicht in Betracht, da ja der Fürst aus dem Dienst ausgeschieden sei. Veröffentlichungen von Artikeln in der Presse seien dem Fürsten unterlagt worden.

Unterstaatssekretär Seemann erklärte zum Schluß auf Anfragen, wer für die Ernennung des Fürsten verantwortlich sei, was ihn veranlaßt habe und weshalb er nicht von seinem Posten abberufen worden sei, daß die Ausgabe eines neuen Weisbuchs in Vorbereitung sei.

Reuter über die Denkschrift.

Saag, 18. März. Reuter meldet aus London: Die „Times“ besetzt sich in einem Artikel mit der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky. Es geht daraus hervor, meint die „Times“, daß die Denkschrift nicht für die Diplomatie bestimmt war, am wenigsten für die Wilhelmfrage und noch weniger für Südbum. Die Denkschrift rechtfertigt tatsächlich die Haltung des früheren Vorkämpfers in London, bemerkt aber auch, daß er in die eigentlichen Geheimnisse der Politik der Wilhelmfrage nicht eingeweiht war. Seine Erklärungen über die Aufrichtigkeit Greys sind ein schöner Beweis

Es braust ein Ruf wie Donnerhall

durch alle deutschen Lande! Von heute an gibt es nur einen Willen, eine Pflicht:

Kriegsanleihe zeichnen!



für die Ehrenhaftigkeit Sidnowskys. Er weiß kurz und bündig die weit verbreitete Ängst zurück, daß England Deutschland habe amzingeln wollen. Sidnowsky sagt von Ozean, sein Ziel war nicht, Deutschland von der Zukunft abzufordern, sondern einen Zustand herbeizuführen, durch den Deutschland in Zukunft im europäischen Konzert auch eine ihm angemessene Rolle spielen konnte. Sidnowsky stimmt Ozeans Umdeutung der englischen Politik mit den Worten bei: Um eine freundliche Annäherung der Völker und einen Vergleich mit Deutschland herbeizuführen. Der feine Beobachter erinnert an den Besuch des Kaisers in Tanger, an die Gefahr anlässlich der bosnischen Krise, an die Agadirkrise und an die deutsche Marinepolitik, alles Dinge, welche Balloens und Lord Robertsons Zweifel an der Aufrichtigkeit der deutschen Politik veranlaßt hätten. Wenn freilich Sidnowsky die Haltung Deutschlands bezüglich der Annäherung Deutschlands, Australiens und Japans und die Beziehungen Australiens zum britischen Reiche.

Die Times sehen einen Gegensatz zwischen der Politik des Fürsten Sidnowsky und der unserer jetzigen Reichsleitung. Er besteht allerdings dieser Gegensatz, und gleichbedeutend; denn zwischen uns und unserer diplomatischen Leitung die Augen über die „Auffrischung“ der englischen Politik aufgehen. Blinde Vertrauensseligkeit ließ die Weimannsche Diplomatie, zu der auch Fürst Sidnowsky gehörte, bis zur letzten Stunde auf eine Verständigung mit England hoffen. Der Traum zerbrach, so bemerkt die „Ab-Wesst. Ztg.“, als der gierige englische Löwe sein wahres Gesicht zeigte. Heute weiß Deutschland, daß England der Feind. Allerdings gibt es auch in Deutschland, wie die Denkschrift des Fürsten Sidnowsky zeigt, gewisse Leute, die unbedenklich sind.

Die Lage im Osten.

Tagung des litauischen Landesrats.

Berlin, 19. März. Wie wir hören, taat heute der litauische Landesrat. Es besteht die Absicht, auf der diesjährigen Tagung fünf Abgeordnete zu wählen, die sich in den nächsten Tagen nach Berlin begeben sollen, um dem Reichstanzler die Stellung der Litauer zu unterbreiten.

Marghiloman Ministervizepräsident.

WTB. Bukarest, 19. März. Marghiloman ist zum Ministerpräsidenten ernannt worden.

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland.

Berlin, 19. März. Wie wir aus parlamentarischer Quelle erfahren, soll schon am 15. April die Wiederaufnahme des diplomatischen und konsularischen Verkehrs zwischen Deutschland und Rußland erfolgen.

Die Lage im Westen.

Feindliche Angriffsabsichten in Lothringen und bei S. Quentin.

Berlin, 20. März. Die Kriegsberichterfasser berichten über französische Angriffsabsichten in Lothringen, sowie über bevorstehende englische Angriffe in der Gegend von S. Quentin. Ueber die lothringischen Absichten heißt es, daß die keineswegs völlig geschlossenen Eingeländlungen zusammengekommen den Eindruck hervorzurufen, daß unter der vorgeschobenen Form von sich ausstehenden Angriffen die Vorbereitungen für ein zu erwartendes größeres Unternehmen getroffen werden könnten. Deutlich konnte das Einschleichen verschiedener gegenseitiger Batterien im Deckmantel allgemeiner Feuerwirkung erkannt werden. Daß der angestrebte Zweck, uns zu Verschiebungen von Reserven zu verleiten, erreicht werden könnte, erscheint mehr als zweifelhaft. Ueber das Verhalten der Truppen sagen die Kriegsberichterfasser: Sie sind sich der Schwere ihrer Aufgabe mit Stolz bewußt und sehen die Bedeutung der getroffenen Maßnahmen auch in dem Umstand, daß der Besuch des Kaisers und seiner beiden hohen Führer für die allerhöchsten Tage erwartet wird. Ist ihnen also auch mitgeteilt worden, daß sie nicht zu den Anseherlichkeiten gehören dürfen, die den deutschen Hof vorzurufen haben, so geht der Besuch des Kaisers, Hindenburgs und Ludendorffs, daß unsere Oberste Heeresleitung auch den Abwehrkampf nach wie vor in seiner vollen Bedeutung zu würdigen weiß. Die große Menge Artillerie, die gerade in den letzten Tagen zur Unterstützung der bevorstehenden Kämpfe herangezogen worden, erhöht die Sicherheit der Stellungen ganz außerordentlich. Ueber die bevorstehenden Angriffe bei S. Quentin u. Etre wird gesagt, daß man hier mit größeren Aktionen des Gegners zu rechnen habe. „Sollte er für eine neue Durchbruchschlacht imstande sein, so findet er unsere Armeen gerade hier wohl gerüstet. Stellung und Truppen haben seinen Absichten hier mit derselben Uebersicht entgegen, zu der wir bei dem heutigen Stand unserer Vorbereitungen in bezug auf Menschen- und Materialreserven mehr als jemals ein gutes Recht haben.“ Von der Glandierfront wird gesagt, daß sie sich durch fast völlige Ruhe auszeichnet. Das dortige feste Gelände hat sich offenbar in den blutigen Schlachten des letzten Jahres als so ungünstig für beide Teile erwiesen, daß mit dem Wiederaufleben ernstlicher Kämpfe nicht zu rechnen sei.

Ein Telegramm des Kriegsberichterfatters Osborn in der Woll. Ztg. meldet, daß Hindenburg eine große Truppeneinheit, ausgewählte Männer, die sich auf dem Marsch nach neuen Einsatzstellen an der Front von Verdun befanden, mit seinem Kraftwagen überholte. Die Mannschaften erkannten Hindenburg und Ludendorff, und ein jubelndes Hurrarufen ging durch die Reihen, das

erst endete, als von seinem nun haltenden Wagen aus Generalstabsoberst von Hindenburg zu den kraftvollen Männern im Stahlhelm sprach. Aus jedem Wort des Feldmarschalls sprach die feste Zuversicht, daß die deutsche Kraft, die im Dienen sich den Frieden nun erlangen werde. An diesen Frieden auch im Westen erlangen werde. An diesem Frieden mit dem Schwerte mitwirken zu haben, das möge bereis, wenn alle Kämpfe, die noch zu bestehen wären, ruhten, die stolze Erinnerung jedes Deutschen sein. Wieder erschall endloser Jubel hinter dem Wagen des Generalstabsobersten, als er den verehrten Führer und seinen unzerrenlichen Mitarbeiter, den Generalquartiermeister Ludendorff, einführte.

Der Krieg auf den Meeren. Neue U-Boot-Beute.

WTB. Berlin, 20. März. (Draht.) Neue U-Booterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz:

18 000 Br.-Reg.-Lo.

Ein fast beladener bewaffneter Dampfer wurde an der englischen Ostküste als stark gesichertem Geleitzug herausgeschossen. Ein anderer Dampfer, wahrscheinlich mit Munition, versank augenblicklich nach der Torpedobestimmung.

Der Chef des Admiralfstabes der Marine.

England.

Lloyd George über die bedeutende Lage.

Kein, 19. März. Laut „Kön. Volksztg.“ meldet der „Ponon. Progress“ aus London: Lloyd George erklärte die jetzige Lage für de rart ernst und bedenklich, daß die Regierung auf die Unterstützung der gesamten Nation zählen müsse, weshalb binnen Wodensfest Maßnahmen von einschneidendster Wirkung für die zukünftige Existenz Englands erfolgen würden. Die „Ponon. Presse“ glaubt, dies betreffe die Verschärfung der militärischen Diktatur.

Die Londoner Konferenz

hat nach den Mitteilungen des Auswärtigen Amtes natürlich wieder die Fortsetzung des Krieges beschlossen. In dem Dokumente heißt es hierüber:

Mit Recht wird der Friede laut vermischt, aber unter dem dünnen Mantel der Worte lauert die brutale Wirklichkeit des Krieges und die ungemilderte Herrschaft der geschlossenen Gewalt. Friedensverträge wie diesen werden und können wir nicht anerkennen. Wir kämpfen und werden weiter kämpfen, um in aller Welt dieser Politik der Wünderung ein Ende zu machen und an ihrer Stelle die friedliche Herrschaft der organisierten Gerechtigkeit zu setzen.

Keine Einigung über alle Punkte.

Paris, 19. März. Über das Ergebnis der Londoner Entente-Konferenz stellten Clemenceau und Bislat in dem Gespräch mit dem Vertreter des Petit Parisien fest, daß über manche Punkte in London eine Einigung nicht erzielt sei, man dürfe ihre Regelung erst durch weitere Verhandlungen erwarten.

Bern, 19. März. Widon ist von der letzten Londoner Konferenz frank zurückgekehrt; er soll Influxenza haben und das Zimmer hüten. Man vermutet aber hinter dieser Krankheit ernstere Differenzen mit Clemenceau.

Holland.

Holland bekam aus Höchstleit noch Zeit zum unterschreiben.

WTB. London, 19. März. (Draht.) Reuters. Die Times“ erfahren aus New York vom 18. Die Behörden verlohnen die Beschlagnahme von 700 000 Tonnen niederländischen Schiffsrums, die sich in amerikanischen Häfen befinden. Der Ausschub wurde aus Höflichkeit gegen die niederländische Regierung beschlossen, um ihr noch 3 Zeit zu lassen, die Einwilligung über die Verwendung niederländischer Schiffe durch die Alliierten zu unterschreiben. (Ein schöner Trost für Holland, das sich hat beugen lassen.)

Die Entente lehnt Hollands Bedingungen ab?

Haag, 19. März. Naggebende Kreise an der Rotterdammer Börse vernehmen, daß die holländischen Redder die bestimmte Auskunft erhalten hätten, die Entente habe den holländischen Regierungsentschlag abgelehnt.

Wir geben diese Meldung mit allem Vorbehalt wieder, wenn ihre Richtigkeit auch keineswegs außer dem Bereich der Möglichkeiten und der weiteren Pläne der Entente liegt. Bemerkenswert und auffallend ist jedenfalls, daß auch der Amsterdamer „Telegraaf“ eine ähnliche Information veröffentlicht.

Amsterdam, 19. März. Der „Telegraaf“, der ja schließlich von allen holländischen Blättern über die Absichten und Entschlüsse des Verbandes am besten Bescheid wissen muß, meldet aus dem Haag: Wie uns berichtet wird, sollen die Alliierten die niederländischen Bedingungen abgelehnt haben. Vermutlich wird darüber heute nachmittags in der Zweiten Kammer eine amtliche Mitteilung erfolgen.

Die Entrüstung der Kammer.

WTB. Haag, 19. März. In der Zweiten Kammer gab heute der Minister des Innern London weitere Erklärungen über die Schiffsräumfrage ab. Die holländische Regierung habe noch keine

Mitteilungen über die Aufnahme erhalten, welche die niederländischen Bedingungen bei den Alliierten gefunden hätten. Der Minister hob dann hervor, daß gemäß den Mitteilungen in der offiziellen Presse der Alliierten die Absicht zu bestehen scheint, die ganze niederländische Flotte, die sich außerhalb der niederländischen Häfen befindet und ungefahr eine Million Tonnen betragt, zu requirieren. Das wesentliche Interesse der niederländischen Regierung ist, ihre Handelsflotte zu retten. Nach der Requisition wird sich Deutschland amtlisch der Auslieferung unserer Schiffe widersetzen. — Der Führer der christlich-historischen Partei, de Saorinckx, fragte, ob die Regierung einem Zwange genügen sei, ferner war er in die Regierung von Deutschland 100 000 Tonnen Weizen innerhalb zweier Monate geliefert habe, während aus den Erklärungen des Landwirtschaftsministers hervorgeht, daß die Niederlande noch bis zum Juli oder August Brot hätten. Warum gibt die Regierung Rechte des niederländischen Volkes preis, ohne mit den Generalläuten verhandelt zu haben? — Der liberale Unionist Pajffin stellte fest: Die Zukunft ist außerordentlich dunkel, aber wir empfinden noch schlimmer die Kränkung unserer nationalen Gefühle. Die entkräfteten Projekte unserer Presse geben das Gefühl unseres Volkes wieder. Die Alliierten haben ihr Bestes getan, uns den Mittelmächten in die Arme zu treiben. — Der gemäßigtere Liberale Knobel protestierte gegen die Ungerechtigkeit, die das niederländische Volk ertragen müßte. Unser Volk ist tief entkräftet über die Forderung der Alliierten. — Der Sozialdemokrat Froelstra sagte, die Erklärung der Regierung habe in weiten Kreisen des Volkes Empörung hervorgerufen.

Die Folgerungen für Deutschland.

Berlin, 19. März. Eine endgültige amtliche Erklärung über den Entschluß der holländischen Regierung liegt hier bis jetzt noch nicht vor. Man muß sich also zunächst an die vom Minister des Innern in der Kammer gemachten Mitteilungen halten. Darin ist aber bereits ungewiß festgestellt, daß Holland im Begriffe steht, von der strikten Neutralität, die es bisher innegehalten hat, zugunsten des Verbandes abzuweichen und diesem zum Nachteil der Mittelmächte militärische und wirtschaftliche Vorteile einzuräumen, die es ihm unter keinen Umständen hätte zugeben dürfen. Damit wird, wie die „K. Z.“ schreibt, eine neue Situation geschaffen, und Holland muß nunmehr gewärtigen, daß wir daraus die einzig mögliche Folgerung ziehen, indem wir an Holland Forderungen stellen, die wir bisher nicht gestellt haben und bei Aufrechterhaltung der holländischen Neutralität nicht gestellt haben würden.

Die deutsche Kohlenzufuhr eingestell.

Haag, 19. März. Die Kohlenzufuhr von Deutschland nach Holland ist, holländischen Wätern zufolge, jetzt gestern eingestell worden.

Wer ist der nächste?

Basel, 19. März. Die „Morning Post“ schreibt, die Londoner Entente-Konferenz werde Maßnahmen zu erwägen haben, die zur Requirierung weiterer neutralen Schiffsräume jetzt ergreifen werden müssen.

Schweden.

Neue Forderungen der Entente. TU. Stockholm, 19. März. In Zusammenhang mit den Gewaltmaßnahmen der Entente gegen die holländische Tonnage ist die Entente mit neuen Forderungen ausgetreten, die die schwedische Tonnage hervorgehoben, über die jetzt verhandelt wird. Wie „Stockholms Tidningen“ mitteilt, wird die schwedische Regierung den Reddern eine Lizenz bewilligen, die 400 000 Tonnen schwedischen Schiffsrums, die gegenwärtig in den Häfen der Verbündeten liegen, mit ihrer Mannschaff der Entente zur Benutzung überlassen und dafür eine Einfuhrzulassung für eine Reihe von Waren erhalten, darunter 250 000 Tonnen Getreide. Außerdem soll Schweden einen Teil seiner Erzeugnisse, die jetzt nach Deutschland geht, an England veräußern. Selbst die Regierungspresse, die im allgemeinen ein Abkommen auf solcher Grundlage verbindlich hält, es für bedenklich, daß Schweden verbindlich werden soll, über einen Teil seiner eigenen Produktion zu verfügen. Die Presse greift das vorgeschlagene Abkommen heftig an. Fünf schwedische Wirtschaftsverbände haben eine Vorstellung an die Regierung gerichtet, nicht durch ein solches Abkommen die schwedische Handelsflotte aus der Hand zu geben.

Spanien.

Neue Neutralitätserklärung. Madrid, 18. März. Reuters. Heute wurde das Parlament eröffnet. Der König verlas die Thronrede, welche die bezüglichen Bestimmungen betrafte, die Spanien mit allen Völkern der Welt aufrechterhalte, und erklärte, daß Spanien in offenerbarer Uebereinstimmung mit dem Völkerverbande des Landes an der Neutralitätspolitik festzuhalten entschlossen sei. Wenn sie aber auch dem Beispiel der friedlichen Nationen folge, so sei die Regierung doch aufmerksam bedacht, die Streikkräfte zu Wasser und zu Lande zu verstärken. Das Kabinett wurde dem Parlament eine Vorlage zur Annahme für alle politischen und sozialen Vergehen unterbreiten.

Italien.

Friedenspropaganda in Italien. Zürich, 18. März. In der Schweiz sind in den letzten Tagen lebhaftere Gerüchte verbreitet

worben über angebliche Besprechungen, die zwischen englischen, amerikanischen und deutschen Persönlichkeiten in Bern und Zürich über Friedensfragen stattgefunden haben sollen. Diese Gerüchte, die u. a. auch bemerken, daß die Verhandlungen bereits abgeschlossen seien, sind vollständig unbegründet. Im Zusammenhang damit sind nun auch in Italien Friedensgerüchte verbreitet worden, die bei der dort herrschenden Kriegs-müdigkeit im Volke lebhaftere Beachtung finden. Die „Idea Nazionale“ berichtet, daß in Florenz Friedensaufträge und in Neapel ein Friedensgericht verbreitet werden. Das Blatt fordert strengstes Einschreiten der Regierung gegen diese „verbrecherliche Propaganda“, die darauf hinausgehe, angesichts der bevorstehenden gewaltigen Offensiv des Volk zu entmutigen.

Rom, 18. März. Das lasträchtige Einschreiten der Regierung gegen die Urheber der Friedensgerüchte wird von den Kriegesoldatenn einmütig begrüßt. Der „Corriere della Sera“ verlangt, daß das Schlichtungsgesetz über die den Entente-Konferenzen beschlossenen Punkte künftig besser gehandhabt werde. Die Kammergruppe der nationalen Verteidigung hat die Ausschüsse der Provinzialräte zur Aufhebung angefordert, die Provinzialräte solcher Gerüchte anzuzeigen. In den Verhandlungen der Kammer kam es zu einem lebhaften Zwischenfall, als der Abgeordnete Toccanelli friedensfreundliche Ansichten äußerte und dabei von den sozialistischen Abgeordneten unterstützt wurde. Römische Blätter bemerken, der Zwischenfall sei bezeichnend für die Rückwirkung der feindlichen Friedensoffensive.

Rußland.

Die große Mehrheit für den Friedensschluß.

X. Amsterdam, 20. März. (Privattelegramm.) „Times“ melden aus Petersburg: Aus der vorläufigen Zählung der Stimmen der Provinzialräte ergibt sich, daß 100 Räte für den unmittelbaren Abschluß eines Friedens, wie er in der Antikomik vereinbart, 83 dagegen gewesen sind, 23 Prozent der Bauernräte, 27 der Arbeiterräte und 35 der Stadträte waren gegen den Frieden um jeden Preis.“

Polen.

Die deutsch-polnische Auslösung.

Berlin, 18. März. Das Bl. Z. schreibt: Graf Konikoff hat als Unterhändler des polnischen Regimentsrats und der polnischen antioffiziellen Parteien, denen sich noch andere zugesellt haben, die deutsch-polnische Auslösung erreicht. In Warschau hat er bereits eine polnische Erklärung erteilt, welche die Billigung der Reichstagsmehrheit zulaufe gebracht, welche die Billigung des Reichstanzlers gefunden hat, von dem Konikoff am Freitag sehr freundlich empfangen wurde. In beiden Erklärungen sprechen sich die beiden Völker das gegenseitige Vertrauen aus, sowie die Bereitschaft, in ein gutes Nachbarschaftsverhältnis einzutreten, woran zugleich auch Österreich-Ungarn teilnehmen soll. Ferner wird den Polen zugesichert, daß die Selbstständigkeit ihrer Regierung in jeder wünschenswerten Weise ausgebaut werden soll, und daß sie die Bildung eines eigenen Heeres mit allem Nachdruck betreiben dürfen. Die Polen führen dem deutschen Volke zu, daß sie die holländische Grenze als dauernd anerkennen, während das deutsche Volk Anzweifelungen des polnischen Bundes ablehnt und den Kongresspolen es ermöglicht, die Kulturgemeinschaft mit den preussischen Polen zu pflegen. Ferner soll eine Militärkonvention und ein Zollbündnis vorbereitet werden. Die deutsche Regierung will die polnischen Wünsche in der Cholmer Frage berücksichtigen und den Polen auch die Ausdehnung nach Ostpreußen ermöglichen und in bezug auf die Grenzen nach Litauen eine Verständigung mit Litauen anbahnen. Dabei soll der größte Teil des Gouvernements Grodno zu Polen geschlagen werden.

Graf Konikoff über die Berliner Verhandlungen.

WTB. Wien, 18. März. Die Neue Freie Presse meldet: Der Führer der polnischen Antioffiziellen Graf Konikoff traf gestern in Wien ein, um die Beziehungen hier festzusetzen. Graf Konikoff äußerte sich von dem Ergebnis seiner Arbeit in Berlin vollkommen befriedigt und sprach die Hoffnung aus, daß dieses Ergebnis zu positiven Vereinbarungen führen werde. Natürlich denke er noch nicht an einen schriftlichen Vertrag, der nur zwischen den Regierungen Polens und der Mittelmächte unterzeichnet werden könnte, aber das Ergebnis der Berliner Besprechungen scheine ihm geeignet, eine Brücke zwischen den Nationen bilden zu können, auf der sich dann die Regierungen finden sollten, um die wichtige Frage eines ehrliehen Bündnisses zwischen Polen und den Mittelmächten zu entscheiden.

Amerika.

Wie Kanada am Kriege verdiene.

WTB. Ottawa, 19. März. (Draht.) Reuters. Der Generalgouverneur von Kanada, der Herzog von Devonshire, eröffnete heute nachmittags die Sitzung des neuen Parlaments mit einer Rede, in der er auf die gute finanzielle Lage des Landes und die bisher unerreichten Höhen des Außenhandels hinwies.

Berschiedene Nachrichten.

Eine Komreise des Münchener Kunstab. Berlin, 19. März. Der Münchener Kunstab Monignone Pacelli ist wie die „Saal. Ztg.“

hört nach Rom gereist. Vielleicht vernehmen wir demnächst aus Le Havre, so schreibt das Blatt dazu, was der Grund dieser Reise ist, die in einem politisch so entscheidenden Augenblick angetreten wurde.

Deutsches Reich. Graf Lurzburg nicht in Chile.

WTB. Berlin, 19. März. (Drahtb.) Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt: Die Reutermeldung, daß der deutsche Gesandte Graf Lurzburg in Chile eingetroffen sei, entspricht nach den hierher gelangten Meldungen nicht den Tatsachen.

Befestigung der Kriegsgewinne.

Berlin, 19. März. Unter der Überschrift 'Ein großer Vertrauensbruch' schreibt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: Eine Verzichtserklärung des Entwurfs eines Gesetzes über die Befestigung der Kriegsgewinne der Gesellschaften im diesen Kriegsjahr ist nur möglich geworden durch einen großen Vertrauensbruch einer beteiligten antiken Persönlichkeit. Gänzlich hat die Mitteilung nur bedingten Wert, da sie aus dem Stadium der Vorberhandlungen über die neue Steuerordnung herausgerissen ist. Ein Beschluß des Bundesrats und damit ein Einlaß, daß das Parlament sich mit einem solchen Steuerentwurf zu befassen haben wird, liegt jedenfalls noch nicht vor.

Ehren-Tafel.

- Es wurden ausgezeichnet:
 - Mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse:
 - Ltn. d. R. Bernh. Reinders-Odenburg.
 - Mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse:
 - Wfta. Fritz Landgraf-Wehta, 5. Jarmellen-Föllinghausen, Gebr. W. Seghorn-Poppenhage, Fahrer F. Büchmann-Hemmelte, Wfta. H. Wilmann-Dierenburg, Gebr. W. Wönnich-Kaliede (früher Wehta), Musik. H. Hermitz-Dommerhüwe, Musik. H. Gramberg-Everßen, Seefolbat H. Hellmerich-Odenburg, Musik. C. Kupper-Dehmenhorst,
 - mit dem Friedrich-August-Kreuz 1. Klasse:
 - Wfta. H. Meyer-Neuendorf, Wfta. D. Vogel-Everßen, Sergeant Herm. Abel-Großentheten, Ltn. R. Bernd Reinders-Odenburg,
 - mit dem Friedrich-August-Kreuz 2. Klasse:
 - Wfta. A. Brumten-Odenburg, Wehm. Joh. Glers aus Bürgerfelde, Wfta. W. Böhgenhausen-Odenburg, Wfta. G. Hövelmeyer-Dien, Landw. J. Wilmann-Odenburg, Gebr. R. W. Wönnich-Dommerhüwe, Musik. F. Helms-Everßen, Wfta. S. Detjen-Odenburg, Gebr. H. S. Lübbert-Lütten.

Befördert wurden:

- Wfta.-Maj. Hauptl. Bodhorst-Einswarden zum Wge-Feldw.
- Wfta. B. Kohen-Wöfel zum Sergeanten,
- Wfta.-Maj. G. Thoben-Neuenkirchen zum Ltn. d. R.

Aus der Meißenz und dem Norden. Odenburg, 20. März.

(-) Der Landtag hielt gestern zwei Sitzungen ab. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Debatte über den von der Regierung geforderten dritten Oberhofrat für das evangelische Oberhofkollegium. Für diese Stelle sollte ein für das Volksschulwesen besonders vorgereifter Fachmann angestellt werden. Der Ausschuß erkannte die Forderung auf Anstellung eines solchen Fachmannes wohl an, verlangte aber, daß nur zwei Räte beim evangelischen Oberhofkollegium beschäftigt würden. Die Stelle wird mit 29 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die Debatte um Wiedereröffnung der Molkerei in Lobbe wird der Regierung zur Prüfung überwiesen. Minister Scheer schloß die zweite Verhandlung des 39. Landtags im Namen des Großherzogs.

(-) Im Bereiche des Amtsbezirks wird ausgegeben vom 21. bis 28. März auf Nr. 147 grün 1/2 Pfd. Böttgermilch, auf Nr. 148 eine Dose 1/2 Pfd. Rüben- oder Tomaten, auf Nr. 168 rot 1/2 Pfd. Rüben, auf 169 rot 1/2 Pfd. Graupen, auf 171 rot in den Gemeinden Odenburg, Everßen und Ohnstedt 1/2 Pfd. Rübenmehl, auf Warenzulasskarte Nr. 27 1 Pfd. Haserlöden, auf Nr. 28 1/2 Pfd. Zucker, auf Nr. 42 1/2 Pfd. braune Kuchen, auf Nr. 59 1/2 Pfd. Sappennel, auf Nr. 8 der Warenzulasskarte eine Dose kondensierte Milch, auf Nr. 10 1/2 Pfd. Zucker, vom 21. bis 30. März auf Nr. 170 der roten Karte zwei frühe Eier; auf den Februar-Abchnitt der Petroleumkarte 1/2 Pfd. Petroleum.

§ Am Wucherpreisen für Grundstücke vorzugehen, macht die Staatliche Kreditanstalt darauf aufmerksam, daß sie von dem Rechte, bei Eigenumswechsel das Darlehen kündigen zu dürfen, unweigerlich dann Gebrauch machen werde, wenn ein Grundstück, das mit mehr als der Hälfte des ursprünglichen Wertes beliehen ist, zu einem Preise veräußert wird, den die Direktion als zu hoch und für den Käufer zu drückend anseht. Es liegt also im dringenden Interesse der Vertragsparteien, die Zustimmung der Direktion zu solchen Veräußerungen vor endgültigem Abschluß des Kaufvertrages einzuholen.

(-) Gemeindefeuerpflicht. Personen, die sich in Raststätten aufhalten, in einer anderen odenburgischen Gemeinde oder ihren Wohnsitz haben, veranlagte die Stadt Raststätten zur Gemeindefeuerpflicht mit Rücksicht auf die damit im allgemeinen auftretende kommunale Doppelbesteuerung aber nur mit der Hälfte der ortsüblichen Steuer. Diese Veranlagung wurde vom Großherzoglichen Ministerium für unzulässig gehalten und deshalb der Stadt die weitere Veranlagung dieser Personen untersagt. Darauf erhob der Magistrat Beschwerde und nach Verwerfung dieser Beschwerde wurde die Veranlagung der Oberverwaltungsgericht gegen das Großherzogliche Ministerium auf Aufhebung der ministeriellen Verfügung. Diese Klage ist am 7. v. Mts. zu Gunsten der Stadt Raststätten entschieden worden, daß die Personen der oben erwähnten Art hier grundfähig der Gemeindefeuerpflicht unterliegen.

Brate, 20. März. Eine eierlegende Frau wurde laut Wefer, dieser Tage auf einem Bahnhof in Irpendow in ihrer menschenfreundlichen Tätigkeit beobachtet. Ob die Frau eine erfolgreiche Hamsterfängerin hinter sich und die erlangten Eier in einer „unterirdischen“ Kammerstätte so schlacht verstaubt hatte, daß infolge des vermaledeiten Kriegszwangs das Band gerissen war, oder ob irgend welche Umstände anderer Art die Frau zu ihrer Tätigkeit bejähigten; jedenfalls wurde in rascher Folge bei jedem Schritt

auf dem Bahnsitze ein Ei „gelegt“. Das Gackern bejähigte die Umstehenden. Der Frau soll eine ziemliche Summe für die Preisgabe ihres Vertriebsheimnisses geboten worden sein.

Nach und Fern.

Westerholz, 18. März. Empfindlich geschädigt wurde hier der Landwirt H. K., der sich durch zwei mit Kuckuckswagen bei ihm vorkaufende Herren verlesen ließ, zwei Schinken für den Preis von 800 Mk. zu verkaufen. Auf den für die Schinken empfangenen Tausendmarkschein gab er 200 Mk. heraus. Am nächstfolgenden Tage stellte sich bei Einzahlung an der Sparkasse heraus, daß der Schein nicht echt war.

Diepholz, 18. März. In vorletzter Nacht wurden von der Sicherheitspolizei drei Frauen, die angeblich aus Gellenhagen zu kommen, festgehalten. Zwei der Frauen waren nach dem Bahnhof gegangen, um zu sehen, ob die Luft rein sei, die dritte hatte sich in der Mühlenstraße postiert. In im Odenburgischen erzieltes Hamsterergebnis beigefügt 1000 Eier, die der hiesigen Sammelstelle zugeführt worden sind. Die Frauen sind außerdem zur Anzeige gebracht worden. — In Bohme geht man gegen die Samstager in scharfer Weise vor; es wird ihnen alles abgenommen. In den Hauptstädten stehen fünf Wachtmeister am Bahnhof; auch hat man zur Untersuchung weiblicher Hamster eine weibliche Hilfe angestellt. So gelangt es denn schließlich einem Hamsterver, zu entkommen, und da werden sie sicher aus dieser unglücklichen Gegend bald fortbleiben.

Diepholz, 18. März. Die Pferde-Abnahme in diesem Jahre ist mit der heute hier erfolgten beendet. Der Bedarf der Heeresverwaltung scheint nicht sehr groß zu sein, wenigstens nicht an hier gehaltenen Pferden, denn man ist sehr wählerisch gewesen und hat nur die besten der besten notiert, nur etwa 3 Prozent aller vorgelegten Tiere.

Köln, 17. März. Wertvoll, aber bei Lagerung mangelhaft. Auf einem ländlichen Bahnhof in der Nähe von Köln wurde dieser Tage ein Mann angehalten, der einen mächtigen Koffer bei sich führte. Der Mann hatte eine Pferdefreunde, als ihm befohlen wurde, den Koffer zu öffnen. Den erkannten Wägen bot sich — Pferdennist dar, nur Pferdennist, und so sehr man auch darin herumfoderte, es blieb nur Pferdennist. Wertvoll, aber beklagenswert, meinte der Wächter mit gutem Humor. Man hatte natürlich Speck, Schinken und ähnliche Leckerbissen vermutet.

Vermischtes.

Die Explosion von Courneuve. WTB. Bern, 19. März. Journal schätzt den durch die Explosionskatastrophe in Courneuve und in den Nachbarorten angerichteten Gebäudeschaden vorläufig auf 10 Millionen Franken, nicht gerechnet die Fabriken und Werkstätten und ihre Einrichtungen sowie den Wert der vernichteten Granaten. Da in Paris kaum noch Glas erhältlich ist, wird von der Polizei zur Aufbesserung der eingedrückten Fenster Scheiben geöltes Papier geliefert.

Neueste Nachrichten. Pleschanow zum Frieden von Brest-Litowsk.

TU. Stockholm, 20. März. Der an Stelle der unterdrückten Zeitung „Röfsh“ wieder erscheinende „Nach Wik“ widmet der Ratifizierung des

Friedensvertrages von Brest-Litowsk einen Leitartikel aus der Feder des freigelassenen Plechanow, worin ausgeführt wird, daß unbeachtet aller anderen Ansichten das russische Volk die Jahre zusammenbekommen und die Ratifizierung vorläufig annehmen soll. Der Frieden ist heißt es in dem Artikel, das letzte Mittel für Vorbereitung der Entlassung. Die Demobilisierung soll zugleich mit der Mobilisierung durchgeführt werden. In keinem Falle soll aber Russland weniger als 1 200 000 Mann unter den Waffen behalten.

Vorbereitende Maßnahmen in Moskau.

TU Stockholm, 20. März. (Drahtb.) Um Moskau nicht übermäßig zu überlasten und ebenfalls Lebensmittelschwierigkeiten heranzurufen, wie sie in Petersburg geherricht hätten, haben sich nicht alle, sondern nur einige der aus Petersburg herausgezogenen Behörden in Moskau niedergelassen, während die weniger wichtigen Abteilungen und Kommissare sich in der Umgegend niedergelassen haben. Aus Petersburg wird berichtet, daß die Stadt trotz der vor kurzem erlassenen Verbote täglich von Tausenden von Menschen verlassen würde.

Deutscher Tagesbericht. Der Waffenstillstand mit Rumänien verlängert.

WTB. Großes Hauptquartier, 20. März. Amlich. (Drahtb.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Kronprinz Rupprecht von Bayern. Speersgruppe des Kronprinzen

Zwischen der Küste und dem La Basse-Kanal dauerte die rege Erkundungstätigkeit fort. Es ist in diesem Abschnitt am Morgen ablaufende Artillerie Feuer nach dem Nachmittage an Stärke zu. An den übrigen Fronten lebte die Geschützstätigkeit nur in den Abendstunden flüchtig von Cambrai zwischen Diez und Aletie, nördlich von Bergy an Bacque und an einzelnen Stellen in der Champagne auf.

v. Gallwitz und Herzog Albrecht.

Die Gallwitzkampfe um Verdun gingen heftig weiter. Die beiderseitigen Artillerien betätigten sich mit großem Munitionseinsatz. Nordöstlich von Bures brachte ein eigenes Unternehmen Gefangene und Nachzügler aus. Stärkere Tätigkeit entwickelte der Feind im Paron-Walde. Das vom frühen Morgen an geleistete Feuer hielt fast ohne Unterbrechung bis zur Dunkelheit an. Auch in den letzten Abschnitten von La Monte und Badonviller war die französische Artillerie rege.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Ukraine haben württembergische zur Säuberung der von Olviopol nach Nordosten führenden Bahnen vorgehende Truppen bei Nowo-Ukrainka stärkere Verbände im Kampfe zurückgeschlagen. Der vertragsgemäß am 19. März abgelassene Waffenstillstand mit Rumänien wurde bis zum 22. März Mitternacht verlängert.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Geld ist Siegl!

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Wehta, Druck und Verlag: Wehtner Drucker und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Wehta.

Stellvertretendes Hannover, 7. März 1918. General-Kommando 10. Armee-Korps. Abt. Abwehr B-Nr. 2846.

Berordnung Betr. Patent- oder Musterrecht-Veränderungen nach dem Ausland.

Auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 31. Juli 1914 betr. die Erklärung des Kriegszustandes, des Artikels 68 der Reichsverfassung, der §§ 4 und 9 des preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Gesetzes vom 11. Dezbr. 1915 bestimme ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes: § 1. Der § 1 der Verordnung vom 28. Oktober 1916 erhält eine Ergänzung und lautet in der neuen Fassung wie folgt: Es ist verboten, Patente oder Musterrechte, die ein Deutscher oder eine deutsche Firma im Ausland angemeldet oder erworben hat, und die einem Ausfuhrverbot unterliegenden Gegenstände betreffen, unmittelbar oder mittelbar nach oder in dem In- oder in anderer Weise zu veräußern, abzuleihen oder zu verwerthen oder hierauf das Ausland zu richten. Das gleiche gilt von Fabrikationsgeheimnissen, soweit es sich um einen Ausfuhrverbot unterliegenden Gegenstände handelt. § 2. Die Bestimmung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Der kommandierende General, v. Hüfisch, General der Infanterie.

Stellvertretendes Hannover, 4. März 1918. General-Kommando 10. Armee-Korps. Abt. Abwehr B-Nr. 15 511.

Berordnung Betr. das Festhalten von Anleitungen zu Geheimchriften.

Auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 31. Juli 1914, betreffend die Erklärung des Kriegszustandes, des Artikels 68 der Reichsverfassung, der §§ 4 und 9 des preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimme ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes: § 1. Ich verbiete den An- und Verkauf, Tausch, sowie jede andere entgeltliche oder unentgeltliche Veräußerung, auch das Festhalten und Ausstellen von Büchern und Druckschriften irgendwelcher Art sowie von handschriftlich oder durch mechanische Vervielfältigung hergestellten Anleitungen zur Herbeiführung oder Entzifferung von Geheimchriften jeder Art. § 2. Wer diesen Vorschriften zuwiderhandelt oder zu ihrer Übertretung auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe verurteilt ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden. § 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Der kommandierende General, v. Hüfisch, General der Infanterie.

Oldenburger Pädagogium
Znh. und Leiter Dr. phil. Holtmann.
Einsparigen-Justizium — Privat-Realschule.
— Das neue Schuljahr beginnt am 9. April. —

Gemeinde Odenburg.

Ausgabe von Pflanzlarlopfeln, frühe Sorten: Rosen, frühe ertragreiche, Mäuse, Tullineren; spätere Sorten: Eigenheimer, Spelka, Industrie, ertragreiche, an Einwohner der Gemeinde, die im vorigen Herbst bestellt haben, am Donnerstag, dem 21. d. Mts., vorm. von 8—11 Uhr für die Rotten 9—12 und Bauerschaften 1—2, nachmittags von 2—5 Uhr für die Bauerschaften 3—6, Wimmerriede, Neuenwege und Zweifelsbäde. Am Freitag, dem 22. d. Mts., vorm. von 8—9 Uhr für die Rotten 1—8 sowie die Lieferung noch nicht erfolgt ist und von 9 bis 11 Uhr, soweit der Vorrat reicht, für diejenigen, die in der letzten Zeit nachbestellt haben. Eine weitere Ausgabe wird nicht stattfinden. Gutsheime sind im Kartenausgabebureau einzulösen. Rojenbohm.

Nachfrage.

In dem am 2. April d. J. stattfindenden Viehverkauf der Witwe Kaden hierseits kommt 1 fast neuer Jagdwagen (Oppenheimer) mit einem dito Kutschgeschirr (einspännig mit silbernem Beschlag) mit zum Verkauf. Wildenhansen. Bavendiel, Aukt.

Brotarten-Ausgabe
am Freitag, dem 22. d. Mts., vormittags von 9—12 Uhr und nachm. von 4—7 Uhr auf dem Rathaus.

Das Mitnehmen von Brotarten für andere, ist nur gegen Vorlegung einer Bescheinigung gestattet. Wehta, den 20. März 1918.

Stadtmagistrat. Sonabend, den 24. Abnahme von 200 Zentnern Kartoffeln.

Anmeldungen hierzu bis Freitag Mittag erbeten. Goldenstedt. H. Gerdes.

Moorverkauf zu Ahlhorn

am Dienstag, dem 26. März d. J., nachmittags 2 Uhr. Bischof. C. Engelmann.

Schaf-Verkauf in Langförden.

Am Mittwoch, dem 27. März 1918, nachmittags 2 Uhr beginnend, läßt H. Kempe bei Wirt Nieder in Langförden 10 bis 12 Stück hochtragende englische Wastschafe öffentlich meistbietend auf Kredit verkaufen. Käufer ladet ein. Wehta. B. Meute.

Zeichnet Kriegs-anleihe!

Jeder kann es, der es will!

Wer Vermögen besitzt:

der zeichnet direkt durch Bareinzahlung der Zeichnungssumme bei uns.

Wer nicht über Vermögen verfügt:

für den werden wir zeichnen, wenn er die Zeichnungssumme als

Kriegsanleiheversicherung

bei uns gegen mäßige 1/2-jährliche Einzahlungen abschließt.

Ohne ärztliche Untersuchung!
Ohne Wartzeit!

Ohne Extrapremie für Mitversicherung der Kriegsgefahr!

Bequemste und zweckmäßigste Lebensversicherung, auch für Frauen und Kinder vom 7. Jahre ab

Prospecte und Auskünfte kostenlos.

Nordstern

Lebens-Versicherung-Aktien-Gesellschaft
Berlin-Schöneberg (Nordsternplatz).

Bezugsdirektor F. Holzhammer, Wilhelmshafen,
Prinz Heinrichstr. 10. Fernruf 1050.

Vertreter: B. Holtvogt, Kaufmann,
Vechta, Grossestr.

Versammlung

der Wegegengesellschaft Be-
zirk 2 im Steinfelder Moor
am Mittwoch, dem 27.
März, nachmittags 5 Uhr
beim Wirt Orestland in
Bezmeden.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Rechnung pro 1916/17.
2. Feststellung des Vor-
schlags 1918/19.
3. Wahl eines Moderators.
4. Neue Wahl des Vor-
standes.

Der Vorstand.

Zahle bis Ostern für
**Geflügel und
Kaninchen**

erhöhte Preise.

Vorchers, Vechta.

Zu verkaufen ein fast
neuer

Ruckschiffen

mit Pferdegeschirr.

A. Lape,

Südbelde bei Damme.

Ich habe zwei Tausend
vergoldete

Eichheister

preiswert abzugeben.

F. gr. Kohorst,

Schwege b. Dintlage.

Habe ein schwarzbuntes,
fadennettes

Ruhfahl

zu verkaufen.

H. Siemer, Bergkrug.

Zu kaufen gesucht ein
flatter, zugfester

Zugochse.

Näher in der Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Empfehle zur Saat:

Rotklee, Weißklee, Schwedenklee,
gelben Steinklee, Intarnatklee, Klee-
grasgemenge für Lehm, Sand u.
Moorboden, engl. Raygras, Thy-
mothee, Fioringras, Knautgras,
Wiesenrispengras, Ramgras,
Wiesenschwingel, roten Schwingel,
Wiesensudspähwanz.

Vechta und Schneiderkrug.

D. Schröder.

Dinklage!

Es gibt kein besseres, praktischeres und billigeres
Mittel, Ihre Sohlen, einerlei ob solche Leder-, Ge-
läs- oder Holzsohlen sind, zu erhalten, als den ge-
eignetsten Sohlenzement

„Halte Durch“.

Urteil des Königlich Material-Prüfungsamtes
Berlin-Vierthelbe vom 30. August 1917:
„Aus den Versuchsergebnissen geht hervor,
dass in Bezug auf Widerstand gegen Ab-
nutzung der Sohlenzement „Halte Durch“
den eingesandten Kien- und Abfallleder
bei weitem überlegen ist und sogar gutes
„Sohlenleder“ aus der Friedenszeit über-
trifft.“

Wenn Sie bei Regen und Schneewetter stets
trockene Füße behalten wollen, dann tragen Sie den
Sohlenzement

„Halte Durch“.

Zu haben bei der Verzehrungs- und Einkaufs-
Genossenschaft der Schuhmacher S. Wendorf,
Dintlage.

Meiner verehrten Kundschaft
zur Nachricht, daß am Sams-
tag, dem 23. März, wegen Todesfalls,
kein Korn zum Mahlen angenommen
wird, auch wird kein Brot ausgegeben.

Schachtingssoll
G. Baufermann, Nellinghof.

Deutsche Militärdienstversicherung, Hannover

vereintigt mit
Berlinerische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, Berlin S.-W. 68, Markgrafstr. 11,
bietet durch ihre

Kriegsanleihe-Versicherung

die beste Gelegenheit, sich durch vorteilhaften Abschluß einer Lebens- oder
Militärdienst- oder Brautaussteuer-Versicherung unter Ausnutzung ge-
ringere Mittel mit größeren Beträgen an der Zeichnung zur 8. Kriegs-
anleihe zu beteiligen.

Sämtliche Einzahlungen auf die Kriegsanleihe übernimmt die
Gesellschaft.

Nur Zahlung der tarifmäßigen Prämie erforderlich! Keinerlei Anzahlung!
Ankunft durch die Geschäftsstelle Betriebsdirektor C. Ellerforst, Bremen,
Donandstr. 46. General-Agent Gg. Streithorst, Bremen, Markt. 42.

Kinder-Anzüge Knaben-Anzüge Kommunion-Anzüge

(eigene Anfertigung)
sowie eingetwiffen.

H. Bröring,
Dintlage.

Verkaufsanzeige.

Der dem Herrn Robert Wähler aus Nürnberg
gehörende, sogenannte

Brabants-Tannen,

direkt hinter dem Damm Schützenplatz gelegen,
1 ha 23 ar 29 qm. groß, mit gutem Holzbestand
und schönen Anlagen soll am

Samstag, dem 23. März,
abends 7 Uhr bei Wiegels öffentlich meistbietend
verkauft werden. Käufer ladet ein.

Damme. Fritz Börger.

Stellvertretendes
General-Commando
X. Armeekorps. Hannover, d. 24. Febr. 1918.

Abt. Abweh. B.-Nr. 16 200.

Bekanntmachung

betreffend das Verbot des Rauchens
und Feueranzündens in Forsten,
Wäldern, Heiden und Mooren.

Durch Unvorsichtigkeit in Forsten, Wäldern,
Heiden und Mooren sind in den letzten Jahren große
Brände entstanden, durch die bedeutende Werte ver-
nichtet worden sind. Die Schwierigkeiten, im Falle
eines solchen Brandes Löschmaßnahmen zur Stelle
zu bringen, haben sich inwieweit wesentlich gesteigert.
Zum Schutze gegen Feuergefahr ergeht daher
auf Grund der §§ 4 und 9 des preussischen Gesetzes
über den Belagerungszustand vom 4. Juli 1911 in
der Fassung des Gesetzes vom 11. Dezember 1916
im Ineress der öffentlichen Sicherheit folgende

Berordnung:

§ 1.
Für die Monate März bis einschließlich Oktober
ist für Forsten, Wälder, Heiden und Moore, sowie
für gefährliche Stellen in der Nähe derselben ein-
schließlich aller hindurch führenden öffentlichen und
privaten Wege verboten:

- a) das Rauchen, abgesehen vom Rauchen aus
gedeckelten Pfeifen,
- b) das Anzünden von Feuer außerhalb einer
polizeilich genehmigten Feuerstätte,
- c) das Betreten mit unverwahrtem Feuer und
Licht sowie das Fallenlassen, Fortwerfen oder
das unvorsichtige Umgehen mit brennenden
oder glimmenden Gegenständen.

Das Rauchen ist gestattet:

- a) in Waldparks, Parks und Parkanlagen im
Weichbilde einer Stadt,
- b) auf Grundstücken mit festem oder nicht feuer-
gefährlichem Untergrund, wie Gehöften und
Waldwirtschaften.

§ 2.
Für die Monate März bis einschließlich Oktober
ist weiter verboten:

- a) In Gebäuden auf dem Lande oder in Lager-
stätten landwirtschaftlicher Vorräte oder in deren
Nähe Feuer außerhalb einer polizeilich genehmigten
Feuerstätte oder unverwahrtes Licht anzuzünden.

In diesen Gebäuden und Lagerstätten oder auf
Gehöften, Gebäuden und Wirtschaften, welche in
Forsten, Wäldern, Heiden und Mooren ufm. liegen,
Feuer oder unverwahrtes Licht anzuzünden, ist
jedoch den Eigentümern und Bewohnern der Gebäude sowie
deren erwachsenen Gliedern oder Wirtschaftsführern
und Hausangehörigen innerhalb der Grenzen ihrer
Wohnung oder ihres Besitztums gestattet.

§ 3.
Für die Monate März bis einschließlich Oktober
ist weiter verboten:

- a) In Gebäuden auf dem Lande oder in Lager-
stätten landwirtschaftlicher Vorräte oder in deren
Nähe Feuer außerhalb einer polizeilich genehmigten
Feuerstätte oder unverwahrtes Licht anzuzünden.

Das Anlegen von Feuer ist gestattet:

- a) zu beruflichen Zwecken unter Verantwortung
der Forstverwaltung den Forstern und
Röblern,
- b) zur Bereitung von Mahlzeiten den zu a) Ge-
nannten, ferner auch Waldarbeitern und Ge-
samtgenossen-Verbandsmitgliedern, wenn das Feuer
ständig bewacht und nach Gebrauch sorgsam
ausgelöscht wird.

§ 4.
Wer den Vorschriften der §§ 1-4 zuwider-
handelt oder zu ihrer Übertretung auffordert oder
anreizt, wird, sofern nicht nach den allgemeinen
Strafgesetzen eine höhere Strafe verdient ist, mit
Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Eind mit-
dernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder
auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Der kommandierende General.
v. Hinzl, General der Infanterie.

Empfehle zur Saat:

Serradella
Sommerfaatgerste
Sommerfaatweizen
biefigen Saathafer.
D. Schröder,
Vechta und
Schneiderkrug.

Sämtliche
Gartensamereien
neu wieder angekommen,
Stadtrübenamen fehlt.
Jof. Haslamp,
bei Steinfeld.

Zahle für
freigelegte Kräu-
chen, Wald-Schnepfen
Wirtshäuser, Kanin-
chen, Hühner, Hühne,
Guten, Puter, Lauben
Kibitz-Eier
der höchsten Tages-
preis.

Zulius Cantor,
Donandstr.,
Safestraße 29,
Fernruf 1870.

Große Bohnen

(beste Pflanzbohnen)
abzugeben.

Frg. Stuedick, Vechta.

Dösbäume

Alleebäume

Kastanien- und
Lindnbäume

empfehlen

Jof. Haslamp,
bei Stein f. d.

Empfehle sämtliche Samereien

für Reutereien und Vieh-
weiden.

H. Bröring,
Dintlage.

Die Verwundeten des
St. Josefs-Konvikts
bitten um eine

Ziehharmonika.

Umständehalber zum 1.
Mai ein

Dienstmäddchen
für Landwirtschaft gesucht.
Nachfragen in der Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Suche für meinen Sohn,
der mit Pflichten umgehen
kann, ungefähr 17 Jahre
alt, eine Stelle als Knacht
Am liebsten auf dem Lande.
Nachfragen in der Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Gesucht ein Iat.

Mädchen

für Hausarbeit bei Fam-
lienanachsl.

Frau C. Kaminski,
Bremen, Schlachte 13 II.

Suche für meinen Sohn,
Iat., eine Stelle als

Ahrmaherlehrling.

Angebote unter Nr. 33
an die Geschäftsstelle da.
Blattes.

Die Frühjahrsneuheiten in Damenhüten, Modellhüten

finden nun vollständig am Lager.
In jeder Preislage die denkbar größte
Auswahl.

Geschw. Knappe Emstek.

Musikinstrumente:

Mund-Harmonikas neu eingetroffen,
Ziehharmonikas, Mandolinen, Lauten,
Gitarren, Zithern, Flöten, Geigen,
Saiten aller Art, Kolophonium (ohne
Konkurrenz, weil noch Friedenswaren)
Vechta. B. Kröger.

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,
meine liebe Frau, meines Kindes treuer-
guter Mutter, unsere gute Tochter, Schwö-
gerdöchter, Schwesler, Schwägerin u. Tante, die

Ehefrau Theodor Pulsfort

Maria geb. Grieshop

im Alter von 29 Jahren zu sich in die Ewig-
keit zu nehmen.

Sie starb nach längerer Krankheit, ver-
sehen mit den heil. Sacramenten, im
Krankenhanse zu Vechta.

Wir bitten, der lieben Verstorbene im
Gebete zu gedenken.

Dythe und westl. Kriegsschauplatz, den
20. März 1918.

Die trauernden Angehörigen.

Die Beerdigung findet statt am Domes-
tag, dem 21. März, morgens 10 Uhr im
Dythe, vom Krankenhanse in Vechta aus.

Todes-Anzeige.



Dem Herrn über Leben und Tod hat es
in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen,
meine innigstgeliebte Frau, meiner stin-
treuerfürsorgende Mutter, Schwiegermutter, Schwö-
mutter, Schwesler, Tante und Schwägerin, die

Ehefrau Bernardine Laxtermann

geb. Müller

nach kurzer aber heftiger Krankheit, nach
vorbereitet durch einen echt christlichen Lebens-
wandel, versehen mit den hl. Sacramen-
ten zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Dieses allen Verwandten und Bekannten
zur Nachricht mit der herzgl. Bitte, der trauer-
Verstorbenen im Gebete zu gedenken.

Der trauernde Gatte nebst Angehörigen.

Nellinghof, den 18. März 1918.

Die Beerdigung findet am Samstag, dem
23. März, morgens um 10 Uhr im Nelling-
hofen statt.

Sollte jemand aus Versehen keine Befrei-
dungs-Nachricht erhalten haben, so bitten wir,
diese als solche anzusehen zu wollen.

